

Der Holzarbeiter

Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter Deutschlands.

Nr. 25.

Der „Holzarbeiter“ erscheint jeden Freitag und wird den Mitgliedern gratis zugestellt. — Für Nichtmitglieder ist der „Holzarbeiter“ nur durch die Post zum Preise von 1,50 Mk. pro Quartal zu beziehen. — Inseratennahme nur gegen Vorauszahlung. — Geldsendungen nur: Postcheckkonto 7718 Cöln.

Cöln, den 19. Juni 1914.

Inserationspreis für die vierteljährliche 30 Pfg. Stellengedruckte und -angebotene, sowie Anzeigen der Zahlstellen kosten die Hälfte. Redaktion und Expedition befinden sich Cöln, Denloerwall 2. Telefonruf B. 1548. — Redaktionschluss ist Montag Mittag.

15. Jahrg.

Gedanken zum Verbandstag.

Noch acht Tage, dann sitzen im Saale in langen Reihen die Vertreter der Verbandsmitglieder. Die alte Kampf- und Kraftnatur sitzt neben dem jungen Feuergeist; der ernste Sohn der roten Erde neben dem gemüthlichen Bayer und Schwaben. Die Augen leuchten in Begeisterung für die Sache. Ernste Arbeit gilt es zu leisten. Ein Rückblick und ein Ausblick ist zu halten. Ein Mägen und ein Taten, ein Wägen und ein Vollbringen soll der Verbandstag sein. Jeder Vertreter hat eine Idee für sich, für deren Verwirklichung er eintreten will. Der Wünsche sind so viele.

Der Rückblick lehrt uns: Fünfzehn Jahre Arbeit, Opfer, Kampf, aber auch Erfolge. Segenspendend hat der Verband seinen Weg zurückgelegt. Immer fruchtbarer, immer gewaltiger in Aufbau und Wirkung soll das Werk sich zeigen.

Der Ausblick: Ein großes Feld liegt noch vor uns. Der Schwere opferwilliger Kollegen soll es befruchten, soll es empfänglich machen für die Saat, die hineingelegt werden soll, um einst zur vollen Reife zu kommen.

Wie kann das geschehen? Wer hilft mit? Das ist die große Frage, die unsere Vertreter im Mainz beschäftigt. Wie manches Wort, wie manche Anregung wird fallen. Wie werden die Anregungen verarbeitet werden, um für das Ganze zu wirken?

Ein eigener Hauber liegt darin, wenn schlichte Arbeiter sich zusammensuchen, um Fragen der Selbsthilfe zu lösen. Sie wollen auf der Grundlage von Gesetz, Recht und Freiheit für ihre Standesgenossen ein menschenwürdiges, den Zeitverhältnissen entsprechendes Dasein schaffen helfen. Es ist gewiß hart, daß man sich Rechte erst erkämpfen muß. Aber Kampf, steter Kampf wird unsere Arbeit eben sein und bleiben. Kampf nicht mit Kriegs- und Mordwerkzeugen, sondern ein Kampf im idealen Sinne.

Der Rede soll die Tat folgen. Was in emsiger Werberarbeit geleistet werden kann, soll und muß geleistet werden. Der Verbandstag soll uns sein eine Kraftquelle, die unsere Arbeit fördert.

Wenn der Verbandstag dazu beiträgt, daß sich die Zahl derer, die uns und unsere Arbeit nicht verstehen wollen, erheblich verringert, so hat er gewiß schon Großes geleistet. Haben wir einmal freie Bahn, sind wir nicht mehr eingeeignet zwischen den Bergen von Vorurteilen, dann kann sich unsere Arbeit erst recht entfalten.

Der Verbandstag soll sein eine geistige Heerschau. Im Austausch der Meinungen tritt erst recht der innere Wert unserer Arbeit hervor. Möge darum der Verbandstag allen Kollegen den hohen Wert unserer Kulturarbeit wieder so recht zum vollen Bewußtsein bringen.

Wenn die Verhandlungen geschlossen, ziehen die Vertreter heimwärts, um die Arbeit in den Zahlstellen zu beginnen. Wenn von der „Arbeit in den Zahlstellen“ die Rede ist, dann darf das keine hohe Phrase sein. Der Verbandstag ist Wegweiser zum Ziel. Wer aber zum Ziele kommen will, muß auch dem Wege folgen, den der Wegweiser zeigt.

Neue Streiter will der Verbandstag dem Verbandszuführen. Eine Armee von wohlgeschulten Kämpfern soll unser Verband sein. So hat er den Gründern vor 15 Jahren im Geiste vorgezeichnet. Ist dieses Ziel erreicht? Wir wissen alle, wie sich Opfer an Opfer, Entfagung an Entfagung weisen muß, bis zur Vollenbung. Wir wissen, daß es notwendige Arbeit ist, die wir verrichten. Und weil wir überzeugt sind, daß unsere Sache eine Zukunft hat, daß wir unüberwindlich sind, wenn wir zusammenstehen, darum begrüßen wir den Verbandstag als einen erneuten Anlaß, der unserer Arbeit Schwinge verleiht. F. R.

Allgemeine und Berufskrankheiten der Holzarbeiter.

(Mit besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse bei den Tischlern.)

Die gesundheitliche Stellung der Arbeiter ist nicht nur von Gewerbe zu Gewerbe, sondern auch innerhalb einer Gewerbeart von Ort zu Ort verschieden; letzteres im besonderen durch die klimatischen Verhältnisse und durch am Orte herrschenden Gewohnheiten, z. B. größerer Bier- und Branntweingenuß, Billigkeit oder Kostspieligkeit der Lebensmittel. Im allgemeinen sind die Arbeiter in kleineren Orten verhältnismäßig gesünder als die in großen, weil die Lebensweise dort eine geregeltere ist, da viele Versuchungen zu gesundheitlichen Exzessen ausfallen, die zumal den jüngeren Großstadtarbeiter gefährden. Die gesundheitlichen Verhältnisse der Arbeiterschaft erfahren in unserer Zeit eine allmähliche und stetige, wenn auch langsam fortschreitende Besserung infolge Mannlicher und großzügiger gehandhabten sozialen Fürsorge, der Arbeiteraufklärung und der Koalitionsfolge, der allge-

meinen größeren hygienischen Einsicht in Ernährung, Wohnweise und Körperpflege, einschließlich der Leibesübungen durch Turnen und vernünftigen Sport. Insbesondere der Geh- oder Wandersport ist dem Werkstättenarbeiter für die freien Tage sehr gesundheitsfördernd und eignet sich besonders auch für jene, die das jugendliche Alter hinter sich haben und denen deshalb Turnen und anderer Kraftsport nicht zusagt. Weitere Gründe der Bessergestaltung der Gesundheitsverhältnisse der Werkstätten im allgemeinen liegen in der Verbesserung und Erleichterung der Arbeitsmethoden und Werkzeuge, in der Körperkraftsparung durch Maschinen und Arbeitszeitverkürzung, der Vervollkommnung der gewerblichen Schutzmaßnahmen, Schutzvorrichtungen an Maschinen gegen Verletzungen, mechanische Staubabkugung, bessere Lüftung und rationelle Heizung und die unter behördlichem Einfluß fortschreitende Verbesserung der baulichen und sanitären Zustände in den Werkstätten, Fabrikräumen und Schlafstellen.

Ehe wir auf die speziellen Berufskrankheiten der Holzarbeiter eingehen, sei ein Ueberblick über die hauptsächlichsten allgemeinen Erkrankungsformen vorausgeschickt. Hierunter fallen Entwicklungsstörungen als angeborene oder Altersschwäche, Infektions- oder Seuchenkrankheiten, worunter Tuberkulose jeder Art, Typhus und akuter Gelenkrheumatismus, Blutvergiftung, diese insbesondere auch in den Formen der Geschlechtskrankheiten zählen, dann als dritte Klasse sog. allgemeine Erkrankungen (Blutarmut und Blutleckenkrankheit, Zuckerkrankheit, Gicht, Entkräftung, Alkoholismus und Vergiftung), viertens die Nervenleiden (Gehirnleiden, diese mit Ausnahme der Gehirnerschütterung, das Rückenmarkleiden, Hysterie, Epilepsie, Lähmung, Neurasthenien, Neuralgien), Erkrankungen des Blutkreislaufes (Herz-, Arterien-, Venen-, also Blutgefäß- oder Adernerkrankungen und Drüsenkrankungen); dazu kommen noch die mancherlei Erkrankungen der Atmungsorgane (als Kehlkopf-, Luftröhren-, Lungenkatarrh, Bronchitis, Lungenentzündung, Lungenblutung, Brustfellentzündung), die Erkrankungen der Verdauungsorgane (Magen-, Darm-, Leber- und Gallenleiden, Halsentzündung), Erkrankungen der Harnorgane (Nieren- und Blasenleiden) und der Haut einschließlich der Furunkeln, der Augen (ausschließlich Verletzungen) und die Erkrankungen der Bewegungsorgane (Muskelrheumatismus, Knochenentzündung, chronischer Gelenkrheumatismus, Verrenkungen, Plattfuß usw.). Verletzungen treten bei der Arbeiterschaft, je nach dem Gewerbe usw. mehr oder weniger, im Durchschnitt aber sehr zahlreich ein; sie sind ebenso als Unfall-, Unglücks- und Unachtsamkeitsverletzungen, als eigentliche Arbeiter- oder Berufskrankheiten aufzufassen. Unter die Verletzungen fallen die Quetschungen, Zerreißungen, Knochenbrüche, Verstauchungen, Verwundungen, Verbrennungen und Verbrühungen, Gehirnerschütterungen, das Eindringen von Fremdkörpern, darunter das Splinteranziehen, endlich auch Erfrierungsercheinungen z. B. bei Waldarbeitern.

Nicht nur unter den einzelnen gewerblichen Holzarbeiterkategorien, wie zwischen Wagnern, Drechsler und Schreibern, sondern auch unter den Tischlerparten selbst treten die Berufskrankheiten in verschiedener Häufigkeit und verschiedenen Arten auf, so bei den Tischlern je nach Art der Erzeugnisse und Betriebsrichtungen. Es leuchtet ein, daß ein Arbeiter, der nur von Hand und in geschlossenen Räumen eingelassene oder polierte Möbel erzeugt, ganz anderen Einflüssen ausgesetzt ist als einer, der seine Erzeugnisse anstreicht oder als ein Bautischler, der einen großen Teil der Arbeitszeit in luftigen und noch unbenutzten Räumen zubringt. Auf daß die Abhandlung nicht zu umfangreich werde, seien hier die Tischler nicht in Arbeitsgruppen, sondern in ihrer Allgemeinheit hinsichtlich der Berufskrankheiten und schädigenden technischen Ursachen betrachtet.

Je härter und trockener das verarbeitete Holz ist, desto empfindlicher und ärger ist die Reizung der Luftwege durch den Holzstaub. Parkettischler sind daher mehr durch Staub gefährdet als Tischler, die nur gewöhnliche Kästen, Schränke, Türen und Fenster aus weichem, meist schlecht getrocknetem und harzigem Holz herzustellen haben. Ebenso vermehrt die mechanische Holzbearbeitung mit ihren äußerst rasch laufenden, den feinen Holzstaub zerstoßenden Maschinen den Staubgehalt der Luft, wenn nicht Staubabkugleinrichtungen vorhanden sind, was bei kleinen Betrieben noch viel zu selten der Fall ist. Nach der Statistik der Leipziger Ortskrankenkasse sterben jährlich 37 Prozent der Tischler, also jeder dritte Mann, nach der Wiener Statistik rund 65 Prozent der Tischler, d. h. jeder zweite Mann, an Schwindsucht (Tuberkulose). Nach der Wiener Statistik beträgt das mittlere Sterbealter der Tischler 37½ Jahre. Noch ungünstiger als die Männer sind in Tischlereien beschäftigte Frauen daran; von ihnen sterben 86 Prozent in einem mittleren Alter von 33½ Jahren an Schwindsucht. Die Lagerung und Verarbeitung feuchten Holzes ist der Verbesserung der nach Holz und Leim und menschlichen Ausdünstungen riechenden Luft in der Werkstätte sehr abträg-

lich. Der ziemlich hohe Prozentsatz an Nervenkrankungen der Tischler steht auch mit dem sehr lebhaften Geräusch der Holzbearbeitungsmaschinen, mit der manchen Hasten und an den Maschinen vollste Aufmerksamkeit bedingenden neuzeitigen Arbeitsweise, sowie auch mit der Wirkung der Spiritusdenaturierungsmittel als Politur und Spritlackbestandteil in ursächlichem Zusammenhang. Die zur Denaturierung des Spiritus dienenden Pyridinbasen und der Holzgeist bewirken leicht ein empfindliches Kratzen im Hals, Uebelkeiten, Kopfschmerzen, Zittern und vor allem Appetitstörungen, lauter Erscheinungen, die, soweit sie nicht als Vergiftungssymptome angesehen werden wollen, jedenfalls Störungen nervöser Natur bedeuten. Die Denaturierungsmittel vermögen, zumal im Zusammenwirken mit dem mechanischen Reiz des Holzstaubes die Augenbindehäute zu schädigen, und sind derartige Erkrankungen bei Tischlern nicht selten. Nicht vollkommen reines Terpentin veranlaßt bei zu Hautkrankheiten geneigten Personen namentlich gern zwischen den Fingern auftretende Ekzeme- oder Flechtenbildungen.

Bei Tischlern, die viel an der Hobelbank arbeiten, treten oft schon in jungen Jahren Verwundungen (verunstaltende Formveränderungen) der Beine, besonders sogen. K- oder Bäckerbeine infolge schlechter Haltung oder Schwäche auf. Am Handgelenk können nach langer Hobelarbeit Sehnen- und Sehnenentzündungen eintreten. Bei der mechanischen Holzbearbeitung sind Verletzungen schwerer Art nicht selten; Finger und Hände werden am öftesten verletzt. Gewisse Holzarten (nordisches Rosenholz, Mouleholz, Sainholz) und gewisse andere ausländische Hölzer vermögen durch ihren Staub Fudausschläge und Schwellungen der Augenlider zu erzeugen. Das vielfach zur Weichholzfabrikation dienende afrikanische Buchbaumholz enthält ein auf die Herztätigkeit störend einwirkendes Alkaloid, das neben Herzklopfen auch Schläfrigkeit, Uebelkeiten, Schwindel und Kopfschmerzen zu bewirken vermag.

Zur Verbesserung der gesundheitlichen Verhältnisse in den Tischlereien ist vor allem die Staubverbreitung zu bekämpfen; der Staub ist bei den Holzbearbeitungsmaschinen an der Entstehungsstelle abzufangen. Die Werkstätten sollen hoch, geräumig und gut ventiliert (mit guter Lüftungsvorrichtung ausgerüstet) sein; damit der Luftstrom nicht verkleinert und die Luft durchfeuchtet werde, wäre die oft beliebte Unterteilung der Werkstätte durch Gerüste und Ställe, die zur Lagerung von trocknungsbedürftigem Holz dienen sollen, zu unterlassen. Abfälle jeder Art sind zum mindesten in täglich 1—2maliger Werkstättenreinigung zu entfernen. Das Vermeidung ist im Arbeitsraum selbst möglich zu vermeiden; beim Anstreichen hat man sich nach dem für Anstreichen erlassenen Vorschriften zu richten. Frauen sollen bei Tischlereiarbeiten womöglich gar nicht, vor allem aber nicht beim Bearbeiten (Schleifen der Erzeugnisse mit Glaspapier) beschäftigt werden; mit solcher Arbeit sind auch Jugendliche zu verschonen. Schon bei der Lehrlingsherausbildung sollen Meister und Gesellen auf eine entsprechende körperliche Haltung des Beurlaubten bei der Arbeit sehen. Werden Holzarten, die durch ihren Staub auf die Haut einwirken, verarbeitet, so soll der Arbeiter regelmäßig täglich ein Brausebad und 1—2mal in der Woche ein Bienen- oder Schwimmbad nehmen. Außern sich aber innere Vergiftungsmerkmale, so hat der Arbeitgeber mit allen Mitteln gegen die Staubausbreitung in den Arbeitsräumen zu sorgen. Dessen Arbeitspausen zum Ergehen im Freien, wobei durch tiefes Einatmen der frischen Luft den Lungen erheblich mehr Sauerstoff zugeführt und damit in der Folgewirkung das Blut verbessert und die Giftnachwirkung herabgesetzt wird, sind ein wichtiger Befehl.

Rechtsstaat und Polizeistaat.

Eine der größten Errungenschaften auf dem Gebiete der staats- und verwaltungsrechtlichen Entwicklung des letzten halben Jahrhunderts ist unstreitig die Verwirklichung der Ideen des Rechtsstaats. Der Begriff des letzteren ist indes in den weitesten Kreisen noch ein höchst verschwommener und meist zu einem bloßen, gedankenlosen Schlagwort geworden, mit dem vor allem in der politischen Diskussion der größte Mißbrauch getrieben wird. Es bedarf deshalb der Versuch, ein tieferes Verständnis für den so überaus bedeutungsvollen Begriff des Rechtsstaates durch eine kurze Skizzierung seiner geschichtlichen Entwicklung und seiner heutigen Gestalt und Wirkungsformen zu vermitteln, keiner besonderen Rechtfertigung.

Das Zentralproblem, das hier im Mittelpunkt der Erörterung zu stehen hat, ist die Frage nach der Stellung der Beziehungen zwischen der in der Verwaltung tätig werdenden Staatsgewalt einerseits und dem einzelnen Untertanen oder einzelnen Unter-

lanengruppen andererseits. Im Polizeistaate des absolutistischen Regimes war die Staatsgewalt, die in ihrem vollen Umfange in der Hand des Fürsten lag, dem Untertanen gegenüber grundsätzlich unbeschränkt. Die Verwaltung wurde von Fürsten und in seinem Auftrage und nach seinen Befehlen von dessen Beamten lediglich nach Zweckmäßigkeitsrücksichten geführt, ohne daß eine gesetzliche Schranke irgendwo Halt geboten hätte. Daß unter solchen Umständen die Verletzung zu mißbräuchlicher Handhabung der Staatsgewalt sehr groß und der Willkür einer herrischen Bürokratie Tür und Tor geöffnet war, bedarf keiner weiteren Begründung. Der Beamte stand in der Tat dem einzelnen Bürger gegenüber wie ein Fürst im Kleinen. Das einzige Mittel, das derjenige hatte, der sich der Anordnung eines Organs der öffentlichen Gewalt nicht fügen wollte, war die Verwaltungsbeschwerde an die vorgesetzte Behörde, die indes meist völlig wirkungslos war. Möchte die Beschwerde der Sache nach auch noch so berechtigt sein, so kam doch die höhere Instanz in der Mehrzahl der Fälle zu einem ablehnenden Bescheid, indem sie glaubte, im Interesse der Staatsautorität und des Respektes vor der Staatsgewalt die nachgeordnete Stelle beden zu müssen.

Diese dem modernen Empfinden unerträglich vorkommenden Zustände dauerten in Deutschland noch fort bis zur Einführung der konstitutionellen Staatsform, die in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts in den verschiedenen deutschen Einzelstaaten erfolgte. Die Aufrihtung des Verfassungsstaates bedeutete zugleich wenigstens im Prinzip auch die Geburtsstunde des Rechtsstaates. Nunmehr hatte das Volk die Möglichkeit, durch Teilnahme an der Gesetzgebung in den Parlamenten darauf hinzuwirken, daß auch auf dem Gebiete der Verwaltung gewisse Schranken in der Form von Rechtsnormen auferichtet würden, die den Schutz der individuellen Rechtssphäre gegen Uebergriffe der bis dahin allmächtigen und schrankenlosen Staatsgewalt bezwecken sollten. Das Verhältnis zwischen Staat und Untertan sollte den Charakter eines reinen Gewaltverhältnisses verlieren. Es wurde das Prinzip der „gesetzmäßigen Verwaltung“ proklamiert, d. h. die Verwaltung sollte in der Ausübung ihrer Funktionen an das Gesetz gebunden sein, sie sollte weder gegen das Gesetz verwalten, noch über den Rahmen des Gesetzes hinaus, sondern innerhalb der Schranken des Gesetzes. Die logische Folgerung aus diesem Grundsatz war eine ganz erhebliche Einschränkung des „freien Ermessens“ auf dem Gebiete der Verwaltung.

In der Praxis des Staatslebens zeigte sich freilich auch nach Einführung des konstitutionellen Systems ein ganz anderes Bild, als man sich in der Theorie ausgemalt hatte. Man hatte nämlich zunächst unterlassen, die praktischen Maßnahmen und Schutzmaßnahmen zu treffen, die die wirkliche Durchführung des Rechtsstaatsprinzips garantiert hätten. So war es vor allem auch in Preußen, auf dessen Entwicklung in dieser Richtung wir uns im Folgenden beschränken wollen, da sich in den anderen deutschen Staaten keine wesentlichen Abweichungen finden. Erst die durchgreifende preussische Verwaltungsreform, die 1872 mit dem Erlaß der Kreisordnung begann und 1875 mit den großen Organisations- und Zuständigkeitsgesetzen ihren vorläufigen Abschluß fand, brachte

mit der Einführung der Verwaltungsgerichtsbarkeit die Krönung des stolzen Rechtsstaatsgebäudes. Innerhalb des Verwaltungsorganismus wurden besondere Verwaltungsgerichte eingerichtet, die die Rechtskontrolle über die Verwaltung auszuüben berufen waren. In Preußen gibt es bekanntlich 3 Instanzen, und zwar fungiert der Kreisausschuß als unterste, der Bezirksausschuß als mittlere, und endlich das Obergerverwaltungsgericht in Berlin als höchste und letzte Instanz.

Wer sich durch eine behördliche Verfügung in seinen Rechten beeinträchtigt glaubt, kann nunmehr nach Maßgabe der besonderen hierfür erlassenen Gesetze im Wege des sogenannten Verwaltungsstreitverfahrens Klage bei den zuständigen Verwaltungsgerichten erheben, die mit ähnlichen Garantien der Unparteilichkeit und Unabhängigkeit ausgestattet sind wie die ordentlichen Gerichte. Unter dem letzteren Gesichtspunkt verdient die starke Heranziehung des Laienelementes in den Kreis- und Bezirksausschüssen sowie die anschließliche Zusammensetzung des Obergerverwaltungsgerichts aus unabhängigen Berufsrichtern besondere Hervorhebung. Natürlich können nicht wegen jeder Lappalie die Verwaltungsgerichte angerufen werden, sondern der Kreis der Angelegenheiten, in denen ein Richterpruch bei einem Konflikte mit der öffentlichen Gewalt begehrt werden kann, ist durch die Gesetze beschränkt. In weitestem Umfange ist die Verwaltungsklage gewährt gegen polizeiliche Verfügungen (§. 66. über d. allg. Landesverwaltung §§ 127 ff.). Ein anderes großes Kontingent der Verwaltungsstreitigkeiten stellen die Streitigkeiten über die Verpflichtung zur Zahlung öffentlicher Abgaben.

Während man also früher bei Konflikten mit der Staatsgewalt beinahe schußlos der Willkür und Gnade der Bürokratie preisgegeben war, wird jetzt von unparteiischen Gerichten auch in Verwaltungsstreitigkeiten ein wirksamer Rechtsschutz gewährt. Es ist ein Fortschritt von ungeheurer Tragweite, der sich in dieser Entwicklung dokumentiert; es ist, auf eine kurze Formel gebracht, der Sieg des modernen Rechtsstaates über den alten absolutistischen Polizeistaat.

Stimmen zum Verbandstag.

Nachdem unsere Zeitung die Anträge zum Verbandstag veröffentlicht, läßt sich übersehen, welche Stimmung in den Zahlstellen herrscht. Es ist zu bedauern, daß so viele Kollegen meinen, der Verband wäre ein Unterstützungsverein. Hat der Verband nicht von jeher die Erstreckung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen in den Vordergrund gestellt? Der Verband hat seine volle Schärfe geltend gemacht und da ist es die vornehmste Aufgabe der Mitglieder, das angestrebte und dementsprechend zu handeln. Nicht lange wird es dauern und wir sehen wieder vor solchen schweren Tarifverhandlungen. Brauchen wir nicht in unserer Zeit, wo das Schicksal so gewaltig rüstet, nicht eine starke Kriegslinie? Oder sollen wir uns des trübigen Glaubens hingeben, die Arbeitgeber würden ohne weiteres unsere Forderungen anerkennen? Um die Arbeitsbedingungen zu verbessern, deshalb haben wir uns organisiert. Es ist deshalb unsere Pflicht, dafür zu sorgen, daß der Verband in der Lage ist, selbst die größten Kämpfe erfolgreich zu führen. Dazu gehört aber in erster Linie eine wohlgeleitete Kasse. Ein zielbewusster Gewerkschafter, der weiß, was der Verband geleistet hat und noch leisten soll, kann allen Anträgen, die auf eine Schwächung der Hauptkasse abzielen, nur ablehnend gegenüberstehen. Was die sog. beitragsfreien Karten anbelangt, so ist es Tatsache, daß manche kleine Zahlstelle

erhebliche Opfer bringen muß; am besten dürfte es sein, wenn die Kollegen selbst die 20 Pfg. zahlen. Vielleicht wäre es auch möglich, daß drei solcher Karten als eine Beitragskarte mit zur Anrechnung kommen. Ebenfalls wäre es gerecht, wenn verlorene gegangene, jedoch beim Kassierer gebuchte Karten, mitgetragene, würdevoll natürlich muß nachgewiesen werden, daß die Karten gezahlt worden sind und jeglicher Mißbrauch ausgeschlossen ist. Der Antrag 1. (Essen) ist auch diskutabel. Was die verlangten Sekretariate bet. Hilfskräfte anbelangt, so wird eine solche Massenanstellung nicht möglich sein. Es wird am Zentralvorstand sowie den Verbandstagsvertretern aus den betreffenden Bezirken liegen, dem Verbandstag nähere Aufklärung über das Notwendige und Durchführbare zu geben. Daß das Verwaltungsmaterial von der Zentrale zu beziehen ist, halte ich für gut, ebenso könnte die Zentrale Konten mit ihrer Adresse an die Zahlstellen abgeben. Daß die Verarbeitung besser, intensiver und systematischer, bei Mitwirkung von mehr Kräften betrieben werden muß, ist selbstverständlich. Besondere Beachtung ist der Jugend zu schenken. Wo es irgend geht, sollten Jugendabteilungen geschaffen werden. Auch muß jede Zahlstelle bestrebt sein, einen gutfunktionierenden Arbeitsnachweis zu haben. Was unter den Anträgen zur Lohn- und Tarifbewegung verlangt, ist gerecht und nur zu begrüßen. Eine ergiebige Aussprache, wäre bei diesen Anträgen durchaus erwünscht. Die Zahlstelle Hildesheim verlangt ein Verrechnungsgebühren von der Zentrale für die Ortskassierer. Ich bin der Meinung, daß in größeren Zahlstellen aus der Ortskasse ein kleiner Betrag bewilligt werden kann; in kleineren Zahlstellen, wo der Kassierer nicht so viel Arbeit hat, wird's auch ohneuntergehen.

Ernst Reiche, München.

Wenige Tage noch und die gewählten Vertreter werden im „goldenen Rain“ über die Zukunft unseres Verbandes zu beraten haben. Wenn schon das fünfzehnjährige Bestehen unseres Verbandes einen besonderen Anlaß gibt, zu prüfen, ob der juristisch gelegte Weg der richtige war, so wird doch die wichtigste Aufgabe des Verbandstages darin bestehen, den Weg für die Zukunft, insbesondere für die zwei folgenden Jahre festzulegen. Wer die Nummer 23 unseres Organs durchstudiert hat, wird auch das Maß an Arbeit beurteilen können, welches besonders die Anträge dem diesjährigen Verbandstag stellen. Leider, möchte ich fast sagen; nicht etwa weil sich die Zahl der Anträge noch vermehrt hat — letzteres würde an sich ein gutes Zeichen sein — sondern weil ein ganzer Haufen Zahlstellenanträge nicht wert sind, daß kostbare Zeit damit vergeudet wird. Den gewählten Vertretern darf von vornherein empfohlen werden, den guten Anträgen die volle Aufmerksamkeit zuzuwenden, den anderen aber ohne jede Diskussion ein gutes Ruheplätzchen zu sichern. Der Grundsatz, keine Ausgaben ohne Deckung, ist von der Mehrzahl gar nicht berücksichtigt, oder man hat gleich dem, was man bewilligen will, eine weit größere Forderung angeschlossen. Der zu den Satzungsänderungen gestellte Antrag, einen Beitrag von 55 Pfg. an die Hauptkasse abzuführen, wofür andererseits die Zentrale die Besoldung sämtlicher Sozialbeamten übernehmen soll, kann doch nur den Zweck haben, daß die kleinen Zahlstellen den größeren die Verwaltungskosten mittragen sollen. Die Hauptkasse hätte auch keinen Nutzen, sondern müßte noch dazulegen. — Die Anträge betreffend Beitrag, Aufnahme und Altersgrenze jugendlicher Arbeiter und auch für ländliche Gegenden verdienen besondere Aufmerksamkeit des Verbandstages. Hier einen guten Weg für die Agitation zu schaffen, ist von der größten Wichtigkeit. Ein Anträge beschäftigen sich mit den beitragsfreien Karten. Ich meine, wenn unsere Vertreter des Barmer Verbandstages dieser Einrichtung zugestimmt haben, so doch wohl aus den sehr wichtigen Gründen, musterhafte Ordnung in die Bücher zu bekommen — dieses ist wohl voll und ganz erreicht — dann aber auch, um die in Barmer erhöhten Unterstützungen in der Hauptkasse auszugleichen. Wenn jede Ortsverwaltung ihre Ausgaben an der richtigen Stelle macht, wird durch die beitragsfreien Karten keine Ortskasse blank werden. An die durchaus notwendige Stärkung unserer Hauptkasse haben auch die Zahlstellen nicht gedacht, die beinahe vier Dutzend Unterstützungsanträge zusammen gebracht haben. Und darin zeigt sich nur allzu deutlich, daß viele Mitglieder den Verband als Unterstützungsverein ansehen — was er tatsächlich wäre, wenn solche kurzfristigen Anträge Berücksichtigung fänden. An eine Deckung der gewaltigen Ausgaben, die durch Annahme all dieser Anträge entstehen würden

Ein Besuch bei der Konsumgenossenschaft „Eintracht“, Cöln-Mülheim.

Die gewaltige Entwicklung des deutschen Konsumgenossenschaftswesens findet eine recht treffliche Illustration an dem Besuche der Konsumgenossenschaft „Eintracht“ in Cöln-Mülheim. Es war im Jahre 1902, als innerhalb des Kreises der christlichen Gewerkschaften zu Mülheim der Gedanke reifte, daß die gewerkschaftliche Arbeit im Cöln-er Gebiet der Ergänzung durch die Genossenschaftlichkeit bedürfte. Mit 558 Mitgliedern trat die Konsumgenossenschaft Eintracht im gleichen Jahre ins Leben. Heute zählt die „Eintracht“ 35 000 Mitglieder. Aus der einen Warenabgabestelle bei der Gründung sind 115 geworden. Einem Umsatz von 176 000 M. im ersten Geschäftsjahre 1902/03, im eigenen und im Lieferanten-Geschäft, hat heute ein Jahresumsatz von rund 19 000 000 M. gegenüber. Der eigenen Warenabgabestelle entnehmen die Mitglieder heute allein in einem Monat für 750 000 M. Waren. Während am Schlusse des ersten Geschäftsjahres 13 Angestellte vorhanden waren, sind es heute über 400.

Da die Geschäfte einen solchen Umfang annehmen, da müssen neben den Warenabgabestellen auch genügend Räumlichkeiten für das Zentrallager vorhanden sein. Als der „Eintracht“ noch mehrfachen Besuchs die Mieträume immer wieder zu klein wurden, da entschloß sich deren Leiter, eigene Geschäftsräume auf einem Grundstück zu errichten, das nach beschleunigtem Gutachten für dauernd anzusehen wird. Zum Preise von 144 000 M. wurde ein 13 500 qm großes Grundstück an der Rheinburgerstraße zwischen dem industriellen Stadtteil Mülheim und Ball erworben, auf dem sich heute die gewaltigen Gebäulichkeiten des Zentrallagers und der Expeditionsabteilung nach den Plänen des Architekten Ernst Reiche, eines Fachmannes auf dem Gebiete der Konsumgenossenschaftswesen, erheben. Die gesamten Anlagen umfassen einen Kubikinhalt von 1 1/2 Millionen M. Dank der einflussreichen Verwaltung gelang es, die Anlagen in den nächsten möglichen Ausführungen, so daß sie nur mit noch 1 Million M. zu Ende gehen. Jedoch ein Zeichen für die gute finanzielle Grundlage der Genossenschaft. Auch heute wird die Hauptstadt der Genossenschaft überstrahlt durch

die Tatsache, daß nur 235 000 M. Hypotheken auf dem Anliegen ruhen. Alles übrige bedeckte die Genossenschaft aus eigenen Mitteln. Die Finanzlage ist so günstig, daß mit Ablauf des jetzigen Geschäftsjahres 85 000 M. der Hypothek getilgt werden können.

Deshalb die Angestellten unserer christlichen Gewerkschaftsbewegung in Cöln die Entwicklung der „Eintracht“ immer mit großer Interesse verfolgt haben, war es ihnen bis dato nicht möglich gewesen, die neugeschaffenen Anlagen der Eintracht in corpore zu besichtigen. Endlich, am 12. Juni kam's dann doch dazu, daß wenigstens die Mehrzahl der in Cöln stationierten Angestellten der schon längst ergangenen Einladung zur gemeinsamen Besichtigung Folge leisteten. Schon im voraus sei gesagt, daß alle Teilnehmer hochbefriedigt von dem dem Gesesehenen waren und mit ihrer Anerkennung des von der „Eintracht“ Geschaffenen nicht zurückhielten. Die gewaltigen sich über mehrere Stockwerke verteilenden Räume des Zentrallagers zeigen eine zweckentsprechende Einrichtung. Ein reich konzipiertes Warenrichtier, die gleichzeitig mit einer Waage versehen sind, ermöglichen die fast mühelose Füllung der Säcke von oben nach unten besetzt. Fahrstühle dienen zum Transport der Säcke nach anderer Größe. Im unten gelegenen Expeditionsraum werden die von den einzelnen Warenabgabestellen bestellten Waren gruppenweise zusammengepackt. Ein Fuhrpark von 4 Transport-Automobilen nebst einem Aufhängewagen und sechszehn Pferden nebst den dazu gehörigen Wagen besorgt die Weitergabe an die Filialen.

Recht umfangreich ist die Bäckereianlage der „Eintracht“. Hier werden 45 Bäder beschäftigt, die für 150 000 M. Brot pro Monat herstellen. Die gewaltigen Doppel-Dampfbacköfen modernster Konstruktion ermöglichen neben dem Brot- und Kleinauflagen diese gewaltige Produktion schmackhaften, gesunden und preiswerten Brotes. In der Bäckerei und auch in allen anderen Anlagen herrscht die peinlichste Sauberkeit. Soweit nur möglich, ist die mechanische Herstellung des Brotes durchgeführt. Die Bäder haben eine Arbeitszeit von 7 Stunden und 40 Minuten pro Tag bei Wochenlöhnen von 34 bis 38 M. Mit der Bäckerei im Zusammenhang steht die Mühle. In einem schmalen Teil des Gebäudes an der

produziert. Eine Kaffeerösterei verarbeitet pro Woche etwa 100 Zentner Rohkaffee. Mehrere Sortiermaschinen besorgen an mechanischen Sortierapparaten die Auslese des Kaffees. Auf mechanischem Wege erfolgt auch die Füllung und Abwiegung der Kaffeedüten.

In den Kellerräumen geschieht die Verpackung und Abwiegung der Butter ebenfalls maschinell. Eine Knetmaschine besorgt die Entwässerung der Butter, während ihre Frischhaltung in einem besonderen eisgekühlten Raum geschieht. Das Eis wird mit eigener Maschine produziert. — Im gekühlten Keller lagern auch die gewaltigen Vorräte an Käse und Wurstwaren und Weinen. Besonders davon werden in Behältern, die je 4000 Liter fassen, die im Haushalt gebräuchlichen Öle aufbewahrt. — Ein besonderes Gebäude dient zur Herstellung von Mineralwasser und Limonaden. Selbsttätig spült hier die Maschine die Flaschen so klar, wie das mit der Hand nicht geschehen kann. Maschinell geht auch die Füllung der Flaschen vor sich.

Manches ließe sich noch über den Umfang des Betriebes sagen, doch verbietet uns das der Raum. Hervorgehoben sei nur noch, daß die Anlagen mit allen hygienischen Einrichtungen versehen sind. Eine eigene Badeanstalt steht den Angestellten zur Verfügung. In eigener Mäscherei gewaschenes Arbeitszeug wird den Beschäftigten, insbesondere den Vätern geliefert. Für alle Arbeiterkategorien (auch für die Schreiner) sind die Arbeitsverhältnisse tariflich geregelt. Selbstverständlich fehlt dabei auch der Sommerurlaub nicht. Feiertage werden mitbezahlt. Die Kosten der sozialen Versicherung trägt die Genossenschaft ganz. Ein Minder, wenn hunderte von Renten vorgemerkt sind, die bei der Genossenschaft in Arbeit treten wollen.

Hier ist tatsächlich — soweit man Menschenwert überhaupt vollkommen nennen kann — etwas Vorbildliches geleistet. Jam Böhle der Mitglieder sowohl als auch ihrer Angehörigen entfaltet die Genossenschaft eine legendäre Tätigkeit. Daß es immer so bleiben möge und der Genossenschaftsgedanke bei den christlichen Gewerkschaften allezeit eine Pflegsstätte findet, dem wurde nach erfolgter Besichtigung von den verschiedenen Seiten mit Worten warmer Anerkennung für das Geschick wärmend entgegen

ist niemand. Oder ist man schon zu der Ansicht gekommen, dass unser Verbandsvermögen zu groß wäre, und demnach ein gemeinsamer Sturm auf die Hauptkasse nötig ist? Denken wir hier daran, dass nur der in wirtschaftlichen Kämpfen seinen Mann zeigen kann, der mit dem Rücken an gefüllten Geldschrank steht. Ich hoffe aber auch, dass die Mehrzahl der Kollegen noch Idealismus und Verständnis genügend hat, um für das Ziel weiterzustreben, welches unser Verband sich gestellt hat, auch ohne dass nötig wäre, auf jedem Verbandstage neue und verbesserte Unterhaltungen zu schaffen. In einem Verband, der wie unser auf gesunder Grundlage aufgebaut ist, kommen notwendige Unterhaltungs-Reformen von selbst, auch ohne solche Anträge. Die Ansicht mit hohen und höchsten Unterhaltungen in der Agitation zu bestehen, ist ein Fehler, den wir vermeiden müssen, der Tag für Tag für den Verband strebt, verloren gegangen sein. Arbeitsunfähigkeit des Einzelnen, talkräftige Mitarbeit aller wird uns am schnellsten über manche Schwierigkeiten hinweghelfen. Dann wird sich eine gedeihliche Weiterentwicklung unseres Verbandes ergeben sein.

Rubin Wolf, Sagen 1. Bd.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Im Interesse der Kollegen machen wir darauf aufmerksam, dass mit dem Erscheinungstage dieser Nummer der 25. Postenbeitrag für die Zeit vom 14. bis 20. Juni fällig ist.

Die Zahlstelle Freiburg i. B. erhält die Genehmigung zur Erhebung eines wöchentlichen Ortsbeitrages von 20 Pfg. (Gesamtwochenbeitrag 70 Pfg.).

Abrechnung vom 1. Vierteljahr 1914. Am 6. Juni feierten wir folgende Abrechnungen: Jurlwangen, Nabolzfell, Steg, Lohrbach, Fredenhorst, Lette-Clasch, Werbohl, Wilhelmshaven, Ostrowo. Bis zum 13. Juni gingen noch die Abrechnungen von Ostrowo und Nabolzfell ein. Da das Konto vom 1. Vierteljahr schon geschlossen war, konnten auch diese Zahlstellen bei der Gesamtabrechnung nicht beachtet werden.

Geldentläufe. Bis zum 13. Juni wurden weitere Zahlungen gefordert von den Zahlstellen: Regensburg, Gengenbach, Steinsfeld, Montabaur, Karlsruhe, Schweidnitz, Beeze, Ahlen, Cronach, Burgstufert, Trier, Darmstadt, Müskofen, Oppenheim, Rains, Weiden, Frankfurt, Heselrieth, Posen, Dinklage, Osnabrück, Reichshausen, Münster, Windisch-Gensbach, Grauelshausen, Deynau, Alsting, Bonn, Rheine, Wiedenbrück, Edln, Düren, Kallau, Bochum, Schönlanke, Freiburg, Höch, Bocholt, Waren, Landshut, Hamburg, Kaufbeuren, Saffansfurt, Biegenhals, Lauterbach, Zittau, Düsseldorf, Würzburg, Heidelberg, Goch, Altmünster, Neulirch, Schweinfurt, Richtenfels, Bremerhaven, Bamberg, Fürth, Augsburg, Gelsenkirchen, Kaufbeuren, Papenburg, Mannheim, Bremen, Lauterbach, Klee, Strehlen, Steinbach, Reddinghausen, Neusorg, Bilingen, Lübenfeld, Siegnitz, Neuburg, Karauisch, Wesel, Aachenburg, Herford, Cham, Schramberg, Oberfeld-Barnum, Essen, Biersen, Paderborn, Spaichingen, Simsbach, Ingolstadt, Gebweiler, Großsteinheim, Saarbrücken, Wald, Schwertin, Revelac, Kaiserslautern, Goppingen, Sundershofen, Kirschenreuth, Lohne, Ulm, Heidelberg.

Lohnbewegung.

Die Ortsverwaltungen haben bei allen Lohnbewegungen der Zentralstelle jede Woche vor Redaktionsschluss einen Bericht über den Stand der Bewegung einzusenden.

Der Zugang ist fernzuhalten

Holzarbeiter aller Branchen: Breslau: (Waggonfabriken Hofmann-Linke), Schönlanke (Wöppel).
Schreiner und Maschinenarbeiter: Burgstufert (Lohne), Altmünster, Strassburg i. G., Schaffhausen-Schwab, Lindau, Barmen (Klavierenfabrik Böhler), Wiesbaden-Oberbayern, Kallhausen i. G. (Hirler).
Büchsenmacher: Kewried (285).
Sticker: München, Altenessen (Karlswert-Gehring).
Glaser: Zena.

Lohnbewegung in Coblenz. Nach reichlich langer Zeit und Ruhe haben sich die Holzarbeiter in Coblenz aufgerafft, um praktisch an die Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse heranzutreten. Die unzulänglichen Löhne — Löhne von 40—45 Pfg. bilden in Coblenz noch die Regel — haben den Holzarbeitern doch endlich mehr Interesse an der Organisation beigebracht. Nach vorausgegangenen Kommissionsberatungen wurde in einer Versammlung am 7. Juni beschlossen, an sämtliche Schreinerbetriebe Forderungen in Form eines Tarifvertrages einzureichen. Für eine Vertragsdauer von 2 Jahren wird eine Lohnerhöhung von 6 Pfg. pro Stunde gefordert, eine Arbeitszeitverkürzung von 2 Stunden. Der Mindestlohn für Schreiner, Maschinenarbeiter, Glaser soll auf 50 Pfg. festgelegt werden. Die Ueberstunden- und Montagezulagen sowie die Akkordarbeit sollen ebenfalls den Zeitverhältnissen entsprechend geregelt werden. Hoffentlich gelingt es, einen annehmbaren Vertrag zustande zu bringen.

Tarifbewegung in Neustadt a. O. In Neustadt a. O. läuft der Tarifvertrag der Schreiner am 1. Juli ab. Der Vertrag wurde am 1. April seitens der Arbeiter gekündigt. Ein neuer Vertragsentwurf ist bereits im Mai den Schreinermeistern unterbreitet worden. Gefordert wird: eine Lohnerhöhung von 10 Pfg. pro Stunde für die Vertragsdauer von 4 Jahren, eine Arbeitszeitverkürzung von 2 Stunden und damit die 9 stündige Arbeitszeit, sowie eine Regelung der Ueberstunden- und Montagezulagen, wie es den veränderten Verhältnissen entspricht. — Verhandlungen mit den Meistern haben bereits stattgefunden. Ein abschließendes Ergebnis konnte jedoch noch nicht erzielt werden.

Der Streik der Tischler auf der Seefischmehrfabrik Schickau in Danzig wurde erfolgreich aufgehoben. Die Arbeit ist am Sonntag den 13. Juni wieder aufgenommen worden. Wenn in der letzten Nummer des „Holzarbeiter“ erwähnt wurde, dass bei dem Herrschaftspunkt des Direktors der Kampf lange währte, so hatten wir damals die Rechnung nicht mit der Rechnung am Streik bestritten.

Mitglieder des sozialdemokratischen Holzarbeiterverbandes gemacht. Fluchtartig stürmten am Anfang der letzten Woche über 30 Leute — mit wenigen Ausnahmen alle rote Verbändler — in den Betrieb und spielten Streikbrecher. Ein waschechter „Genosse“ übernahm sogar die Rolle eines Streikbrecheragenten und jagte dem Unternehmer die Hasen in die Küche. Alles konnte geschehen, trotzdem der rote Holzarbeiterverband zwei Beamte in Danzig sitzen hat. Wo bleibt da die Erziehung? Da fragt es sich doch, ob es im Interesse der Arbeiterschaft liegt, mit einer solchen Organisation einen größeren Kampf zu führen. Das Danziger Sozialistenblatt „Die Volkswacht“, das sonst jeden falschen Jungenschlag irgend eines christlichen Gewerkschaftlers ausführlich bespricht, bringt nur zwei knappe Zeilen über das Ende des Streiks. Die Blamage, die der rote Verband der gesamten Arbeiterschaft durch sein Verhalten bereitet hat, scheint man also doch einzusehen. Die Danziger Kollegenschaft wird aus dem Streik ihre Lehren ziehen müssen. Die Stärkung des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter ist die beste Gewähr, um in Zukunft rotem Massenstreikbruch vorzubeugen.

Erfolgreiche Lohnbewegung der Säger in Müskofen. Die Löhne aller Kollegen im hiesigen Sägewerk werden sofort um 2 Pfg. pro Stunde erhöht. Dieses Resultat kam nach mehrmaligen Verhandlungen mit dem Inhaber des Betriebes, Herrn Mohr, zustande. Allerdings schien es anfänglich, als ob ein Kampf unvermeidlich sei. Am 23. Mai kündigten alle 46 im Werk beschäftigten Kollegen bis auf einen nicht organisierten, ihr Arbeitsverhältnis. Sämtliche Kollegen gehören unserem Verbande an. Erst nach der Kündigung kamen ernsthafte Verhandlungen zustande. Herr Mohr konnte sich zwar nicht dazu verstehen, mit irgendeinem Beizkleider zu verhandeln, auch wollte er einen Vertrag nicht anerkennen. Die Kollegen bestanden in anbetrachter der Verhältnisse auch nicht unbedingt darauf, in der Erwartung, dass auch hierin einmal eine Aenderung eintreten dürfte, zumal aufgehoben nicht aufgehoben ist. Immerhin ist der friedliche Erfolg dieser Lohnbewegung ausschließlich der vorbildlichen Organisation unserer Müskofener Kollegen und deren strammen Disziplin zu verdanken, an die gerade bei dieser Bewegung große Anforderungen gestellt worden sind. Herr Mohr wäre gewiss nicht zu einem Zugeständnis zu bewegen gewesen, wenn er nicht die Einigkeit unter den Kollegen und den Schutz, den dieselben durch die Organisation genießen, erkannt hätte. Dank dieser haben die Kollegen in zwei Jahren eine Lohnerhöhung von 5 Pfg. erreicht. Es wäre nur zu wünschen, dass der Individualismus, der sonst unter den bayerischen Sägerkollegen noch herrscht, endlich einmal aus der Welt geschafft werden könnte.

Die Lohnbewegung der Tischler in Karthaus (Westpreußen) ist beendet. Als Erfolg kann gebucht werden die Verkürzung der Arbeitszeit von 66 auf 60 Stunden pro Woche nebst Lohnausgleich. Der Minimallohn am Orte beträgt nun 41 Pfg. pro Stunde. Die Kollegen, welche sich erst Ende des letzten Jahres unserem Verbande angeschlossen haben, können mit dem Erfolg zufrieden sein. Der Ausbau der Organisation muß nun die nächste Aufgabe sein, dann werden ein andermal die Kollegen mehr erringen können.

Der Streik der Schreiner in Dülmen dauerte über ein Jahr. Die Kollegen stehen trotz aller Schwierigkeiten, die ihnen gemacht werden, fest. Die Arbeitgeber arbeiten mit allen nur möglichen Mitteln. Wenn den bisher abgereißten Kollegen, die durch die Abreise den gewerkschaftlichen Pflichten bereits genügen, noch mehrere folgen, denn mögen die Arbeitgeber sehen, woher sie in Zukunft ihre Arbeitskräfte beziehen. Unter den heutigen Verhältnissen verläuft sich so leicht niemand nach Dülmen.

Berichte aus den Zahlstellen.

Düsseldorf. Am 3. Juni hat auf der hiesigen Waggonfabrik die Wahl zum Arbeiterausschuß stattgefunden. An und für sich hat ein derartiger Vorgang nur Interesse für die auf diesem Werk beschäftigten Arbeiter. Es haben sich aber aus Anlaß dieser Wahl Dinge ereignet, die weit über, hier ganz kurz registriert zu werden. Vor allem ist es das Aufstellen einer Liste der „Unorganisierten“, was vermerkt zu werden verdient. Der Ausschuss, der ja bekanntlich die Interessen der gesamten Arbeiter des Werkes vertreten soll, hat auch in früheren Jahren einen Unterschied zwischen seinen Auftraggebern nicht gemacht, weil die Interessen der organisierten Arbeiter auch solche der noch nicht organisierten Arbeiter sind. Es waren auch bei der Aufstellung der Listen solche Kollegen mit berücksichtigt worden, die obwohl einer gewerkschaftlichen Organisation nicht angehörten, doch Rückgrat genug besitzen, die Wünsche der Arbeiter bei der Direktion zu vertreten. Es gibt aber eine bestimmte Gruppe von Leuten, die bei jeder Gelegenheit die organisierten Arbeiter als die „Höfen“ und sich als die „Guten“, der Direktion willfährigen Arbeiter empfehlen. Es sind das einerseits Leute, die durch irgend eine Kunst andauernd einen solchen Lohn beziehen und solche Arbeitsverhältnisse haben, daß sie eine ernsthafteste Interessenvertretung im Ausschuss nicht nötig haben, andererseits sind es solche, die Verbesserungen, wenn sie von den organisierten Arbeitern gefordert und durchgeführt werden, für sich ebenso gern in Anspruch nehmen. Zum Dank dafür, daß andere für ihre Interessen eintreten, verdächtigt man sie als organisiert. Als im Ausschuss ein anderes Wahlsystem beraten wurde und der Antrag gestellt war, gebundene Listen einzuführen, um die bei früheren Wahlen vorgekommenen Streichungen zu verhindern, glaubte man das dadurch hintertreiben zu können, daß man sich bei der Direktion als nicht organisiert empfahl. Man operierte damit, daß bei einem derartigen System die auf dem Werk beschäftigten nichtorganisierten Arbeiter nicht so zur Geltung kommen wie es ihrer Stärke entspräche, denn die Hälfte der Arbeiter sei auf ihrer Seite. Der Ausschuss hat aber geantwortet, daß die übergroße Mehrheit der Arbeiter auf der Waggonfabrik jegliche Schmarotzerei ablehnt. Die Liste 1 der „Unorganisierten“ erhielt 150 Stimmen und 2 Vertreter, Liste 2 der christlichen Gewerkschaften erhielt 214 Stimmen und 3 Vertreter, Liste 3 der sog. „Gewerkschaften“ 224 Stimmen und 3 Vertreter. Von 755 Wahlberechtigten blieben 653 ihr Stimmrecht aus, davon stimmten 508 für die Listen der Gewerkschaften. Nur weil die Liste der „Unorganisierten“ den größten Erfolg hatte, hat man den Ausschuss

Vertreter zu. Mit der Hälfte der Arbeiter glaubte man auszumarchieren, aber der gesunde Sinn der Arbeiter lehnte ab. Das Vorgehen der „Unorganisierten“ ist nichts anderes, als eine Aufforderung an die Direktion des Werkes, einen gelben Wertverein zu gründen. Mögen alle Arbeiter, speziell die Schreiner und Stellmacher, die ihre Interessen ernstlich vertreten sehen wollen, sich bei Zeiten dem Zentral-Verband christl. Holzarbeiter anschließen.

Müskofen. An einer anderen Stelle unserer Verbandszeitung haben wir über eine erfolgreiche Lohnbewegung in unserer Zahlstelle berichtet. Dieselbe hat uns recht deutlich von neuem den großen Nutzen unserer Organisation vor Augen geführt. Wenn auch nicht alle Wünsche erfüllt worden sind, so können doch die Kollegen mit dem Ausgange zufrieden sein. Bedauerlich ist es nur, daß in unserem Betriebe noch ein Unorganisierter sein Unwesen treiben kann. Der Unwille über diesen Menschen steigert sich bald zur Siebeshöhe. Unser Kollege Heinholt meinte in einer der letzten Versammlungen, man müsse einen Menschen, der absolut nicht zu bessern ist, einfach links liegen lassen. Es hat jedoch alles seine Grenzen. Ausbrüche wie „Schwarze Gesellschaft“, „Sammeln“ und ähnliche, die unseren Kollegen an den Kopf geworfen werden, sind an der Tagesordnung. Bei der letzten Lohnbewegung sagte dieser Held: „Der Herr Mohr sollte auch in das Geschäft ich — anstatt Lohnaufbesserung geben!“ Es läßt sich verstehen, wenn unsere Kollegen diese Provokationen bald gründlich leid sind, und müssen wir eine Verantwortung für die Folgen abgeben, wenn die Lammesgebild einem solchen Subjekte gegenüber, einmal ein Ende nimmt. Würde einer unserer organisierten Kollegen sich derartiges dem Unorganisierten gegenüber erlauben, er würde gewiss bald an der Luft sein. Vielleicht berichtet der Herr Betriebsleiter dem Firmeninhaber bezüglich über diese erbärmlichen Treiben, ehe Unheil angerichtet wird. Wir können nicht gut annehmen, daß dann Herr Mohr stillschweigend zuläßt, wie seine Arbeiter von einem solchen Individuum beschimpft werden.

Langenberg (Neuf). Mit dem Streik in der hiesigen Klavierfabrik hat sich nun auch eine sozial. Seite eingebunden. Einwohner-Versammlung befaßt. Die Versammlung soll notwendig gewesen sein, weil die Christlichen und die bürgerliche Presse über die Ursachen des Streiks falsch berichtet hätten. „Genosse“ Bayer, seines Zeichens Geschäftsführer des roten Verbandes in Gera, habe es übernommen, der Versammlung die „wahren“ Ursachen des Streiks plausibel zu machen. Ein Bericht in der „Neufhäuser Tribüne“ gibt Aufschluß über den Verlauf der Versammlung. Zunächst spricht der Bericht von einem „Bäderzug“ — ein sehr bekanntes Schlagwort, das von bedenklichem sozialdemokratischen Größenwahn z.ug. Heute schon dürfte feststehen und auf manche „Genossen“, die nicht gänzlich mit Blindheit geschlagen sind, dürften unterdessen die Einsicht erlangt haben, daß das „Bäderzug“ fast genug ist, gewisse sozialdemokratische Bestrebungen zu durchkreuzen. Ja manche „Genossen“ werden wohl inzwischen sich zu der Ueberzeugung „durchgerungen“ haben, daß die an den Tag gelegte Selbstüberhebung ein sehr bedenkliches, ja gefährliches Beginnen ist. Nicht uninteressant ist es, daß das „nichtsbedeutende Bäderzug“ in der Versammlung eine große Rolle gespielt hat. Demnach hätte dasselbe doch mehr Bedeutung, als man dies gelten lassen möchte. Es scheint also schon ein besserer Grad der Erkenntnis erreicht worden zu sein. „Genosse“ Bayer hat in der Versammlung „sehr ausführlich“ die Methoden des Inhabers der Firma behandelt. Auf Jahre ist er bei der Schilderung zurückgegangen. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß diese Behandlung „der Methoden des Firmeninhabers“ dazu beizutragen mußte, die Vorgänge der letzten Zeit, insbesondere bei Ausbruch des Streiks zu rechtfertigen. Und trotzdem ist in dem Betriebe ein Vertrag zustande gekommen. Ja, es hätte sogar den Anschein, als wenn ein sozialdemokratisches Arbeitsvermittlungsinstitut für den Betrieb zustande gekommen wäre. Die Arbeitsvermittlung durch den roten Arbeitsnachweis in Gera „sollte in der lokalsten Weise geschehen“, so hat man in der Versammlung den Leuten zu suggerieren versucht. Wer kennt nicht die sozial. „Loyalität“? Sind die sozial. Agitationspraktiken nicht Beweis genug für das äußerst Bedenkliche dieser Loyalität? Gerade die Vorgänge, die zum Streik geführt haben, werfen auf die Loyalität der hier in Frage stehenden Arbeitsvermittlung das allerbedenklichste Licht. Warum ist denn der Langenberger Arbeiter, wegen dessen Einstellung es zum Streik gekommen ist, nicht nach Langenberg vermittelt worden? Er hätte sich doch zuerst auf dem Arbeitsnachweis gemeldet und war schon ziemlich lange arbeitslos. Weiter ist in dem Bericht der „Neufhäuser Tribüne“ davon die Rede, daß beim Vertragsabschluss der „Christliche im Betriebe gewesen ist, um im Trüben zu fischen, er sei aber hinausgewimmelt worden.“ Es scheint gewissen „Genossen“ Spaß zu machen, den bösen Christlichen irgend etwas anzuhängen. Dazu müssen selbst die schlauwachen Bahnvorstellungen eines „Genossen“ herhalten. Denn was da in dem Bericht der „Tribüne“ über das „Fischen im Trüben“ und dem „Hinauswimmeln“ gesagt ist, kann nur der blühenden Phantasie eines „Genossen“ entspringen sein. Zudem scheint es, als ob der „Genosse“ B. von sich auf andere geschoben hat. Der Bericht vermerkt, daß nachdem die Fugereibteilung den Betrieb verlassen hatte, die „Verbandsleitung“ vorgesprochen habe. Sie „sei aber nicht vorgelassen worden“. Die „Verbandsleitung“ ist eben der genannte B. Er ist also in des Wortes wäckerer Bedeutung „abgewimmelt“ worden! Wir kondolieren! Wir haben seinerzeit mit dem Firmeninhaber über den Arbeitsnachweis verhandelt und haben auf die Wirkungen einer solchen Arbeitsvermittlung hingewiesen. Wenn man das als „im Trüben fischen“ hinstellt, so läßt uns das kalt. Heute aber dürfte schon Gewißheit bestehen, daß das „im Trüben fischen“ nicht ganz ohne Erfolg gewesen ist. — Eine bedenkliche Feststellung des Berichtes der „Tribüne“ verdient auch hier ganz besondere Beachtung. Da heißt es: „Durch den abgeschlossenen Vertrag sei es nicht mehr möglich gewesen, direkte Lohnabzüge zu machen. Man habe es aber auf indirekten Wege versucht, indem man für entstandene Fehler und Schäden in den Materialkosten Abzüge gemacht habe. Auch hier sei ein Verständnis erzielt worden und zwar hätten sich für gemeldete Schäden Abzüge nicht gemacht werden.“ Also es ist hier ein Verständnis erzielt worden! Und da mußten doch diese Lohnabzüge aus den Differenzen ausgehen. — Ganz merkwürdig klingt die Behauptung, es sei eine englische Abteilung eingeführt worden, in der billiger gearbeitet werde.“ Die englische Abteilung besteht schon seit dem vorigen Jahre. Wo schon vor Abschluß des Vertrages. Die Einführung dieser Abteilung kann demnach auch nicht zu den Differenzen, also auch nicht zu den Ursachen des Streiks gerechnet werden. Ueber die wahren Ursachen des Streiks aber sagt der Bericht sehr wenig. Es wird zugegeben, daß dem Arbeiter, der ohne den Arbeitsnachweis eingestellt worden ist, von der Fugereibteilung Vorkalkulationen gemacht worden sind. Wenn man nun der Öffentlichkeit auch die Einzelheiten mitgeteilt hätte, die sich aus diesen Vorkalkulationen ergeben haben, denn hätte man die wahren Ursachen des Streiks ergründen können. Aber wohlweislich verschwiegen man die Streik-

halten und stellt statt dessen die Behauptung auf, die Arbeiter seien entlassen worden. Der Bericht gibt also ausdrücklich zu, daß dem Arbeiter Vorhaltungen gemacht worden sind, weil er ohne von dem Arbeitsnachweis vermittelt worden zu sein, eingestellt worden ist. Und aus diesen Vorhaltungen haben sich dann die Differenzen ergeben. Kann man nach alledem noch behaupten, daß die Ursache des Streiks der Arbeitsnachweis bildet? Es gehört schon eine starke Unvorsichtigkeit dazu, diese Behauptung als unwahr zu bezeichnen. Und wenn man nun diese Ursache des Streiks kennt, dann ist es leicht, die weitere Behauptung der „Genossen“, „die Christlichen hätten offenen Streikbruch proklamiert“, in der richtigen Weise einzuschätzen. Es ist von uns ziemlich eingehend unsere Stellung zum Arbeitsnachweis dargelegt worden, daß wir allen Grund haben, einen Streik aus diesem Grunde abzulehnen. Es ist deutlich genug gesagt worden, daß wir einen Streik aus dem Grunde nicht mitmachen, daß kein Streik für uns besteht. Und da gehört denn doch eine äußerst starke Begriffsverwirrung dazu, zu behaupten, die Christlichen hätten Streikbruch proklamiert. — Damit wollen wir für heute die Auseinandersetzungen schließen. Wir haben die Gewißheit, daß heute manche „Genossen“ über die Ursachen und Wirkungen des Streiks ganz anders denken und urteilen als noch vor ganz kurzer Zeit. Dafür spricht auch die Tatsache, daß bereits eine große Zahl Kollegen, die den „Streik“ nicht mitgemacht haben, zu unserm Verbands übergetreten sind.

Gewerkschaftliches.

1000 neue Mitglieder bis zum Verbandstag.

Die Mitgliederzahl unseres Verbandes betrug am 1. Juni d. J. 18607. Bekanntlich schlossen wir das Jahr 1913 mit 17669 Mitgliedern ab, sodaß in den ersten 5 Monaten dieses Jahres ein Zuwachs von 938 Mitgliedern zu verzeichnen war. Galt die gleiche Entwicklung im Juni an, so beträgt der Gewinn in diesem Jahre bis zum Verbandstag über 1000. Die Entwicklung lehrt, daß es nicht unbedingt die Zeit der wirtschaftlichen Hochkonjunktur zu sein braucht, in der der Verband seine Mitgliederzahl zu steigern vermag. Wo ein fester Wille vorhanden, läßt sich zu jeder Zeit eine Stärkung der Reihen ermöglichen. Hoffentlich folgen diejenigen Zahlstellen, die im laufenden Jahre von einer Steigerung der Mitgliederzahl noch nicht zu berichten mußten, den übrigen Zahlstellen, die ein gutes Beispiel gaben, baldig nach.

Sozialdemokratie und Gewerkschaftsarbeit. Die sozialdemokratischen Gewerkschaften haben in den letzten Jahren wiederholt die unangenehme Erfahrung machen müssen, daß bei großen gewerkschaftlichen Bewegungen die Mitglieder den Verbandsleitungen die Gefolgschaft verweigern und ihre eigenen Wege gehen. Daher die Betonung der Notwendigkeit einer erhöhten gewerkschaftlichen Schulung der Massen zur besseren Durchführung der Gewerkschaftskämpfe seitens der Führer. In einer solchen eigentlich selbstverständlichen Forderung läßt sich die radikal-sozialdemokratische „Leipziger Volkszeitung“ (18. April 1914) wie folgt vernehmen:

„Dazu sind aber ganz andere Bedingungen nötig als . . . sie aus dem beherrschten Standpunkte des nurgewerkschaftlichen Kampfes ableiten. Es kommt da vor allem auf die Massen an, nicht auf ihre Gefolgschaft und Notwendigkeit, sondern umgekehrt auf ihre Kampfernergie. Die so oft empfohlene „gewerkschaftliche Schulung“ der Massen läßt sich nur dann durchführen, wenn die Führer ihre Initiative betätigen, sich als Material von den Führern nach deren Strategie schieben lassen, und namentlich nicht immer zum Kampfe drängen, sondern einsehen sollen, daß man mit dem Möglichen fertig nehmen muß. Zweifelloserweise würde damit das Leben der Gewerkschaftsführer viel weniger schwierig sein. Aber die Kraft der Arbeiterbewegung würde damit nicht gestärkt, sondern umgekehrt geschwächt werden. Was die Arbeiterbewegung braucht, ist gerade das Entgegengesetzte: mehr Selbstständigkeit, mehr Initiative, härteres Vorkämpfdrängen, mehr revolutionäre Energie der Massen.“

„Wo die „revolutionäre Energie“ ist für die Arbeiterbewegung wichtiger als die allerdinge zähe, aber erfolgreiche Gewerkschaftsarbeit! Und da wundern sich die roten Gewerkschaftsführer, wenn sie bezüglich der letzteren bei den Mitgliedern so wenig Verständnis und so vielerlei Schwierigkeiten finden. Fürwahr, das Bündnis mit der sozialdem. Partei bekommen die „freien“ Gewerkschaften oft recht bitter zu kosten!“

Soziale Rundschau.

Die Sozialpolitik im Reichstage.

Zur Erfüllung seiner Aufgaben und zur Beratung des Budgets für das Rechnungsjahr 1914 trat der Reichstag am 26. November 1913 zusammen und beendete diese Session am 30. Mai 1914, wo durch Kaiserlichen Erlass die Schließung des Reichstages erfolgte. Mit der Schließung sind viele Arbeiten des Reichstages hinfällig geworden; auch 14 Vorlagen der Regierung fielen unter den Tisch; ebenso eine Anzahl Petitionen, darunter auch diejenige vom Ausschuss des deutschen Arbeiterkongresses, in welcher eine Aufbesserung der Witwen- und Waisen- sowie der Unfallrenten verlangt und die Herabsetzung der Altersgrenze für den Bezug der Invalidenrente auf 65 Jahre gefordert wird. Für die minderbemittelten Abgeordneten hat die Schließung auch noch die Folge, daß sie ihr Ehrenamt nicht voll erfüllen können, da ihnen auch die Freifahrt auf den Bahnen entzogen ist. Manche Informationsreise unterbleibt, ebenso wie der Besuch manch lehrreicher Tagung im weiten Reich. In der Reichsverfassung (Art 29) heißt es zwar: Die Mitglieder des Reichstages sind Vertreter des gesamten Volkes; aber es ist den Abgeordneten schlechterdings unmöglich, dessen Verhältnisse zu studieren, wenn sie neben ihren sonstigen Ausgaben und Reisekosten auch noch die Fahrtkosten bestreiten sollen. Wiederholte Anträge und Beschlüsse des Reichstages auf Gewährung dauernder Freifahrt während der Legislaturperiode hat der Bundesrat bisher abgelehnt.

Der vom Reichstage am Schlußtage verabschiedete Reichshaushaltsetat, ist vom Kaiser am 27. Mai unterzeichnet worden und hat Gesetzeskraft erlangt. Die Einnahmen und Ausgaben vom 1. April 1914 bis 31. März 1915 sind festgesetzt auf 3 497 930 350 Mark. Zur Bestreitung der einmaligen Ausgaben kann der Reichskanzler die Summe von rund 18 Millionen Mark auf dem Wege des Kredits flüssig machen. Die größten Ausgaben erfordert das Reichsheer. Unter den fortbauenden Ausgaben für die Kontingente Preußen, Sachsen, Württemberg, ohne Bayern stehen 870 559 735 Mark; unter den einmaligen Ausgaben weitere 338 034 333 Mark. Die Ausgaben für die Marine sind postuliert mit 220 700 923 Mark und 234 652 950 Mark. Dagegen nehmen sich die Ausgaben für das Reichsamt des Innern, das Zwecken der Landeskultur und Sozialpolitik dient, ziemlich klein aus. Es sind dafür eingesetzt bei den fortbauenden Ausgaben 107 834 374 Mark und bei den einmaligen Ausgaben 16 308 000 Mark. An Hauptposten erscheint dabei der Reichszuschuß zur Invalidenversicherung in Höhe von rund 54 Millionen Mark. Das Reichsversicherungsamt erfordert einen Aufwand von 2 671 251 Mark und das Aufsichtsamt für Privatversicherung 599 093 Mark.

Bei der Beratung des Etats waren die geführten sozialpolitischen Debatten sehr umfangreich; allein die Beratung des Etats für das Reichsamt des Innern dauerte 21 Tage. Dagegen ist das Ergebnis dieser Debatten ziemlich bescheiden: einige Zusicherungen vom Regierungssitz und Willensäußerungen des Reichstages in Form von Beschlüssen und Resolutionen. Selbst im Reichstag kam zum Ausdruck, daß in bezug auf Fortführung der Sozialreform eine gewisse „Rüdigkeit“ herrscht. Die Agitation des Bundes der Industriellen, wie des Bundes der Landwirte und andere Unternehmer-Organisationen gegen die „zunehmenden Lasten“ der Arbeitersozialgesetzgebung tat ihre Wirkung und hinterläßt Spuren auch in den Parlamenten.

Durch die steigenden Ausgaben für unsere Wehr zu Wasser und zu Land und jetzt auch in den Büfen werden die Steuerzahler zum Teil ganz erheblich in Anspruch genommen. Da man gegen die größeren Militäraufgaben nicht aufstehen kann oder will, wendet man sich gegen die kleineren Ausgaben für Sozialversicherung und Arbeiterschutz um so heftiger. Dazu kommt die unruhige Agitation und Schimpferei der Sozialdemokraten, die die Freude an der Sozialpolitik manchem verdirbt. Das eine steht fest, daß im gegenwärtigen Zeitpunkt die Aussichten für Weiterführung der Sozialreform stark gemindert sind.

Schon in der ersten Rede des Staatssekretärs des Innern bei Beratung seines Etats, kam dies zum Ausdruck. Er sagte: „Wir sind mit der Verabschiedung der Reichsversicherungsordnung in unserer sozialpolitischen Gesetzgebung zu einem gewissen Abschluß gelangt. Hinsichtlich der Sozialversicherung sind wir an der Grenze des Möglichen. Auf diesem Gebiete muß eine Pause eintreten. Zum Schutze für Gesundheit und Leben der Arbeiter ist viel geschehen. Der Bundesrat kann diesbezüglich weitere Bestimmungen erlassen und eventuell können die Landeszentralbehörden, in bestimmten Fällen auch die Polizeibehörden vorgehen. Aber auch dem Arbeiterschutz sind gewisse Grenzen gezogen. Was zu tun bleibt, ist nicht gesetzgeberische Arbeit, sondern die Ausführung der bestehenden Gesetze, die Detailarbeit der Behörden draußen.“ Diese kurz zusammenfassenden Sätze aus der Rede des Staatssekretärs vom 20. Januar 1914 zeichnen die Situation und bestätigen das

vorher Gesagte. Hieran ändert auch nichts der Satz des Redners: „Das bedeutet nicht einen Abbau unserer Sozialpolitik“. In seiner Bemerkung, daß man nur eine „verständige Sozialpolitik“ treiben dürfe, hätte man schließen können, daß sie bisher unverständlich gewesen wäre. Unter „verständiger Sozialpolitik“ will aber der Staatssekretär verstanden wissen, eine Politik, die nicht bloß dem Arbeiter, sondern auch dem Arbeitgeber gibt, was ihm zusteht, und eine solche, die sich in den Grenzen des wirtschaftlich Möglichen hält.“

Auf einzelne Fragen eingehend hob Staatssekretär Dr. Delbrück in seiner Rede weiter hervor, daß einer obligatorischen Reichs-Arbeitslosenversicherung große grundsätzliche und praktische Schwierigkeiten entgegenstünden. An die Einführung einer solchen Versicherung ist noch lange nicht zu denken. Das Tarifvertragsrecht gesetzlich zu regeln, werde schwer sein. Voraussetzung dafür sei die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine und deren mindestens teilweise Haftung durch ihr Vermögen. Auch die Einrichtung eines Reichsreinigungsamtes hänge davon ab, wie das Recht der Berufsvereine gelöst werde. Hinsichtlich der letzteren Frage seien wissenschaftlich Erwägungen und Studien eingeleitet. Das Ergebnis derselben würde in einer Denkschrift zusammengefaßt seinerzeit dem Reichstag vorgelegt. Eine vom letzteren gewünschte Denkschrift über die Wirkung der sozialpolitischen Gesetzgebung ist bereits in Ausarbeitung. Sie wird zweifellos darun, daß sie von Gegnern der Sozialgesetze geäußerten Behauptungen unzutreffend sind.

Der Abgeordnete, Kollege Giesberts, gab dem Staatssekretär des Innern zu, daß das Reichsamt des Innern in den letzten Jahren infolge der Durchführung neuer Gesetze, insbesondere der Reichsversicherungs-Ordnung eine außerordentlich Fülle von Arbeit geleistet habe. Einer Ruhepause in der sozialen Gesetzgebung könnte er aber nicht das Wort reden. Er soll sich lediglich um eine Arbeitspause zur Sammlung der Kräfte handeln. Ein Stillstand der Sozialpolitik könne es nicht geben, zumal bei der fortschreitenden wirtschaftlichen Entwicklung schließlich neue Probleme auftauchen. Als höchste Aufgabe bezeichne der Redner die Herabsetzung der Altersgrenze auf das 65. Lebensjahr für den Bezug der Rente aus der Invalidenversicherung, sowie die Verbesserung der Witwen- und Waisenversicherung. Er verlangte sodann weiter: Bekämpfung der Gewerkekrankheiten, mehr Arbeiterschutz in der Großenindustrie und im Gastwirtschaftsgewerbe, Ordnung des Privatbeamtenrechts, ein besseres Koalitionsrecht und mehr Freiheit für die Arbeiterbewegung. Treffend und wirksam war seine Zurückweisung der Klagen über die Lasten der Sozialpolitik mit dem Hinweis, daß sie nicht mehr als 3 bis 4 Prozent der Lohnquote ausmache und außerdem die Arbeiterkraft hebe und leistungsfähiger mache, eine Sache bei den Arbeitgebern und dem Staatswesen ebenfalls zugute kommend.

In seinen Ausführungen gegen eine Ruhepause in der Sozialpolitik wurde Giesberts von Abg. Kollegen Behrens unterstützt. Die Sozialpolitik habe mit beigetragen zu dem großen wirtschaftlichen Aufschwung Deutschlands; sie habe auch die Kaufkraft der deutschen Arbeiter erheblich gestärkt, die Gesundheitsverhältnisse verbessert und die Wehrkraft des Reiches erhöht. Der Redner verlangte weiter eine gesetzliche Regelung der Reichsverhältnisse der Arbeiter, der Landarbeiter, sowie der Reichsverhältnisse der Arbeiter und Angestellten in den Verkehrsbetrieben von Staat und Reich. Behrens beklagte sich auch über die Art und Weise wie die sozialpolitischen Wünsche des Reichstages im Bundesrat behandelt und daß dem Reichstag die Beschlüsse und ablehnende Bescheide ohne jede Motivierung zur Kenntnis gebracht werden. Um hier eine Aenderung zum Besseren herbeizuführen, legte er eine Resolution vor, nach welcher eine ständige Kommission für Arbeiterangelegenheiten eingesetzt werden sollte; sie wurde in dritter Lesung von einer Zufallsmajorität abgelehnt. Die Entschlüsse waren vorher schon der Budgetkommission überwiesen worden. (Fortsetzung folgt.)

Briefkasten.

Der Kollege Nägele, Buchnummer 88803, wird gebeten seine Adresse der Zahlstelle Augsburg zwecks Zusendung des Beitragsmarken mitzuteilen.

Adressenveränderungen.

Amber: V. Hans Fruth, Ziegelgasse D 134.
Buer: V. Alfred Frenz, Dorfenerstraße 26.
Wangen: R. Georg Busler, Rehlhofstraße 6, gegenüber der Buchdruckerei Walchner.

Zu 15193 Tagen der Krankheit

haben 719 Mitglieder in der

Krankengeldversicherung

des Zentralverbandes Christlicher Holzarbeiter Deutschlands, Sitz Köln, Benloerwall 9,

allein im Jahre 1913 ein wertvolles Entgelt. Diese Verbandsmitglieder gehören der Klasse noch nicht an.

Man beachte bitte, daß jedes Verbandsmitglied, welches zur Zeit nicht gewährt ist, nicht über 40 Jahre alt ist, die Mitgliedschaft erwerben kann. Die Klasse gewährt ein tägliches Krankengeld von 75 Pfg. in der ersten, 1,10 Mk. in der zweiten, 1,65 Mk. in der dritten u. 2.— Mk. in der vierten Klasse. Kassenbeiträge für alle Klassen 50 Pfg.

Wöchentliche Beiträge: in Klasse I 20 Pfg. in Klasse II 30 Pfg. in Klasse III 45 Pfg. in Klasse IV 55 Pfg.

Bezugsberechtigt ist jeder nach 12 Wochen Mitgliedschaft, 20 Wochen lang.

Recher-Kaufmann bei den Dreiklassen mit bei der Krankenkasse.

Möbeltischler

für erstklassige Arbeiten gegen hohen Lohn bei dauernder Beschäftigung für sofort gesucht. Verhältnisse für Holzangestellte, Karl Scherbeder, Bielefeld.

tüchtige Möbeltischler

auf polierte Arbeit suchen ein. Sandker & Co., Möbelfabrik, Fiedrichshof 1 B.

Schreiner

auf sofortige Beschäftigung gesucht. Kaufmannsplatz, Spaldinger, Köpenstraße 151.

Bürstenholzbohrer

und ein Gatterfänger Näheres durch die Zahlstelle Altsachsenburg.

Eingelegte Journiere für Nähtische, Schatullen und Füllungen.

Kupferbogen gegen 20 Pfg. in Briefmarken. Zeitweilige Anfertigungsgeschäften. Gustav Müller, Marquardt, Friedberg, Theaterstraße 7.

Metermasse, Notizbücher

Bessere zum Verkauf in den Zahlstellen preiswert u. gut. Muster-Sortiment von Bleistiften geg. Einsendung v. 1 M. in Briefmarken. Lieferant der Zahlstelle Köln des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter. H. Melchers, Köln-Nippes Bälowlstr. 17

Anzeigen der Zahlstellen.

Cöln.

Für die Werkbund-Ausstellung sind Eintrittskarten zu ermäßigten Preisen an dem Büro unserer Zahlstelle (Benloerwall 9, parterre, Zimmer 6) zu haben. Der Preis pro Karte beträgt 60 Pfg. Boreerst haben die Karten nur Sonntags, Montags und Mittwochs Gültigkeit. Ab 1. August gelten sie für alle Tage. Wir bitten unsere Kollegen von der hier gebotenen Bergünstigung regen Gebrauch zu machen. Der Vorstand

Mainz.

Unsere Zahlstelle hält am Samstag, d. 20. Juli abends 8 1/2 Uhr im Saale des kath. Gesellenhauses, Springengasse, eine außerordentliche Generalversammlung ab. Tagesordnung: Der bevorstehende Verbandstag. Es ist Ehrenpflicht eines jeden Kollegen zu dieser Versammlung zu erscheinen. Die Ortsverwaltung